

„Im Interesse“
des Proletariats bestehen
folgende Organisationen:

SPD. Diese sorgt dafür, daß die Stimme des Arbeiters bei wichtigen Staatsbeschlüssen — Kriegserklärungen usw. — gehört wird. KPD. Deren hauptsächlichste Arbeit besteht in der Entlarvung der vorigen. Zu diesem Zweck ist sie in fünf Richtungen gespalten. Die Gewerkschaften. Ihre Anzahl beträgt ungefähr drei Dutzend. Ihre Aufgabe ist und soll es ewig bleiben: die Erhaltung von höheren Löhnen. Ferner leisten sie vortreffliche Dienste als Unterstützungskassen, die bei Unfällen, Kindtaufen, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. „hellend“ eingreifen. Die unbedingte Einigkeit schaden könnte und die Zahl der Organisationen, die sich dem Kapitalismus „kraftvoll“ entgegenstellen, zu klein ist, gründete man, die sogenannten Gewerkschaftsoppositionen. Diese gewähren zwar keine Unterstützung, dafür aber geben sie einigen Genossen Gelegenheit, bevorzugt, das heißt gut bezahlte „Klassenkämpfer“ zu werden. Die Konsumvereine. Durch äußerste Rationalisierung ihrer Betriebe — Lohnsenkung, Massentatungen usw. — beweisen sie ihren sich als Mitinhaber fühlenden Konkurrenten der Klökner, Becker, Krupp, Thyssen und Karstadt sein können. Von den sogenannten Bauhütten und anderen „sozialistischen“ Unternehmen gilt das gleiche. Hier schädigt man gelegentlich die Mitglieder um ihre Einlagen.

Zum „Schutze“ und zur „geistigen und körperlichen Erhaltung“ des Proletariats bestehen folgende Organisationen:

Das Reichsbanner, auch Reichsjammer genannt, schützt die glorreichen Errungenschaften der Noske-Zörgiebel-Republik vor dem Feind, dem inneren und äußeren, versteht sich.

SAJ. und KJVD. machen es sich zur Aufgabe, junge begeisterungsfähige Menschen zu tüchtigen Parteifunktionären zu machen. Als Ansporn dienen militärisch aufgelegene Wanderungen und Reisespiele.

Der „Jung-Spartakus“ ist die von der KPD. aufgelegene Schulkinderpartei. Unter Anleitung der KPD. Führer prügeln sie alle klassenfeindlichen Elemente aus der Schule hinaus. Als ich einmal las, daß man die Jungfrau Maria zum Generalleutnant von Spanien ernannt hat, habe ich gelacht, aber als ich vor kurzem las, daß die deutschen Arbeiterkinder das Chetum über die 2. Luftfahrtbrigade der Sowjet-Union übernommen haben, lachte ich nicht, denn mir taten die armen verkleisterten Kinderhände leid.

Der Reichsbund der Kriegs- und Arbeitsopfer muß wohl die Interessen der Mitglieder nicht genügend vertreten haben, denn es entstand der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Der verspricht seine Sache besser zu machen und den Schaden, den der Reichsbund angerichtet hat, zu liquidieren.

Die Rote Hilfe Deutschlands sammelt Gelder und Naturalien für die im Kerker schmachtenden proletarischen Gefangenen und deren Angehörigen. Öfters bleibt von dem gerade hier überaus reichlich einfließenden Gelde einiges an den Fingern der Funktionäre kleben. Dieser Umstand bewirkt es, daß diese edlen Funktionäre sich rege für die Vorwärtswirtschaft der Organisation interessieren.

Internationale Arbeiterhilfe. Für sie gilt das oben gesagte im internationalen Maßstabe.

Der RFB, trotz Verbot, trägt der Vorliebe des Treudeutschen in Punkto schneidende Uniform Rechnung. Sein militärischer Drill nebst Schmalen und Pauken schützen die KPD-Führer bei ihren demagogischen und antimarxistischen Rednerschlägen.

RFMB, Roter Frauen- und Mädchenbund, erfüllen denselben Zweck wie RFB.

Bund der Freunde des neuen Rußlands. Pro gloria et patria.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Verband proletarischer Freidenker.

Volksbund für Geistesfreiheit.

Arbeiter-Absinentenbund.

Arbeiter-Kulturbewegung.

Verband proletarischer Naturfreunde.

Proletarische Wandervögel.

Wenn du als denkender Proletarier keinen Alkohol trinkst und auch an keinen Gott glaubst, so hast du dich den oben angeführten Verbänden anzuschließen und deinen Beitrag zu entrichten.

Arbeiter-Radfahrklub mit Opposition. Unzählige Arbeiter-Fußballklubs inklusiv Opposition, versteht sich. Behauptete doch die Königsberger parteikommunistische Zeitung, das „Echo des Ostens“, vor kurzem, daß die Oppositionsmannschaft, dank ihres guten oppositionellen Geistes, die Bundestreuen schlagen konnte.

Freie Turnerschaft inklusiv Spalter usw.

Arbeiter-Ring- und Stemmklub

„Motorradfahrerverband“

„Kamuklub“

„Schwimmklub“

„Photographen“

„Schachklub“

„Kegel- und Billardklub“

Proletarischer Kleingärtnerverband

Arbeiter-Radiofreunde

„Esperantobund“

„Vogelzüchter“

„Gesang- und Musikverein“

„Theatervereine“

Rote Lanzen, Rote Raketen, Rote Trommler und Rote Werber. Rote Revuen, Rote Falken.

Arbeiter-Schützenbund — üb Aug und Hand fürs Vaterland — Antifa, ein Ersatz für den Roten Frontkämpferbund. Ja, die Vereinsmeierei im Proletariat treibt mannigfaltige Blüten. Jeder Genosse wird die Blütenlese noch um einiges vermehren können. Gibt es eigentlich schon einen Roten Briefmarkensammlerverein? Oder einen Proletarischen Brieftaubenzüchterverein? Wenn nicht, so ergeben sich hier noch Möglichkeiten für allerlei Bonzenzwergwirm, Bundestreue und Oppositionelle, etwas zu werden.

Ihr aber, Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Jede dieser Organisationen und Organisationen gibt eine oder mehrere Zeitungen heraus, die ihr bezahlt und die euch dafür vom Klassenkampfe abhalten. Ferner tragen die Feste und Klimbinveranstaltungen dieser wunderbaren „Kampfortorganisationen“ dazu bei, das Interesse des Proletariats für den Klassenkampf abzutöten und helfen somit der Bourgeoisie aus ihrer bedrängten Lage. Also Arbeiterverrat ist das Erzeugnis dieser Arbeiter-Vergnügungsvereine! Darum, klassenbewußte Proleten, liquidiert diese Spielbürgervereine und jagt alle ihre Ratten zum Teufel! Der Spartakusbund sagt und beweist euch, daß jeder politische Kampf zugleich ein ökonomischer Kampf sein muß, daher müßt ihr euch in den Betrieben organisieren und zwar nur in einer Organisation, die keine Berufs- und Altersunterschiede trennt, die beide Geschlechter gemeinsam zur Kampfrfront gegen den Kapitalismus vereint, die das reine Kreditsystem sowie die Weltrevolution propagiert und nie den Marxismus verbißt, die getreu den Vorkämpfern für den Kommunismus und der kommunistischen Bedarfswirtschaft folgt. Deshalb schließt euch dem Spartakusbund an! Proleten, je eher ihr erkennt, daß ihr jede Spielerei aufgeben müßt, um so eher werdet ihr den Kapitalismus und seine Lakaien vernichten können und eure Gesellschaftsordnung, die kommunistische Bedarfswirtschaft, errichten. Darum, Prolet, folge Spartakus!

Zwei Berichterstattungen

Allen unseren Lesern, Genossen und einem großen Teil der revolutionären Arbeiterschaft sind ja die in der „großen Zeit“ deutscher KPD-Taktik und Strategie mit so ungeheuerem Tamtam in Szene gesetzten Rollkommandos noch in gebührender Erinnerung. Ein besonders krasser Fall — wir berichteten bereits eingehend darüber — spielte sich in den Märztagen (z. Z. der Unruhen) in Dresden ab. Eine 15 Mann starke mit allerlei Schlaginstrumenten bewaffnete Clique niedrigsten proletarischen Mobs überfiel zwei von der Flugblattverteilung kommende Genossen jener antiautoritären Richtung „Um den proletarischen Zeitgeist herum“ und schlugen sie meuchlings zu Boden. Freitag, den 11. Juli kam dann dieser Fall vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung. Ankläger war die Staatsanwaltschaft. Die Anzeige wurde durch einen „Krimo“ bewirkt, der durch sein damals zufälliges Dazukommen das uns beiden Genossen verhandelte. Die Genossen des P. Z. lehnten eine Strafanzeige sowie Namensangabe aller Beteiligten, auch der „Überfallhelden“ ab. Dem Beamten waren aber doch einige dieser Sorte von „Klassenkämpfern“ schon bekannt und so kam diese ganze Angelegenheit gegen den Willen der Genossen des P. Z. trotzdem ins Rollen. Über die Verhandlung lassen wir 2 Berichte der lokalen Arbeiterpresse folgen.

Bericht der Volkszeitung vom 15. 7. 30. (Organ der SPD.):

Arbeitermoral?

Eines Tages im März — es waren die Tage der Unruhen — haben auf der Lötauer Straße etliche Leute zusammengestanden, die auf ihre Art politisierten und sich dann tätlich auseinandersetzten. Die einen waren wohl Kommunisten, die anderen Syndikalist. Zwei Arbeiter, K. und S., bekamen bei der Gelegenheit Prügel, wie es heißt, ohne Grund. In der Folge wurde ein Strafverfahren gegen den Arbeiter St. eingeleitet, und jetzt stand er wegen Körperverletzung und groben Unfugs vor Gericht. Er sollte damals gemeinsam mit anderen, doch unbekannt gebliebenen Leuten auf die erwähnten Arbeiter K. und S. eingeschlagen haben.

Gegen St. der Kommunist ist und, wie er sagt, im März dem Erwerblosenausschuß angehört, schwebt noch ein anderes Verfahren. Er ist in erster Instanz wegen groben Unfugs verurteilt worden und hat Berufung eingelegt. Dem betreffenden Verfahren liegt ein Vorgang zugrunde, bei dem am Tage der letzten Stadtverordnetenwahl vier Männer auf einen in seine Tracht gekleideten Mann, der an einem Wandertisch teilzunehmen wollte, seiher Gruppe teilzunehmen eingeschlagen haben. Es wurde ihm auch die Mütze gestohlen. St., der beteiligt gewesen sein soll, hatte das bestritten, doch fand ihn das Gericht zumindest des groben Unfugs für schuldig.

In der jetzigen Strafsache behauptete der Angeklagte wiederum, unbeteiligt gewesen zu sein. Als Zeugen waren die geschlagenen Arbeiter K. und S. geladen. Die Vernehmung über stieß auf ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten und verlief sehr eigenartig. K. als erster Zeuge erklärte: „Ich lehne es ab, einen Arbeiter dem Klassengericht auszuliefern, und verweigere die Aussage.“ Der Ankläger meinte sachlich, wenn er, der Zeuge, keine gesetzlichen Gründe für die Zeugnisverweigerung vorbringen könnte, so würde er, der Richter, zu den gesetzlichen Maßnahmen gezwungen sein, nämlich zur Verhängung von Geld- und Haftstrafen. Da befahl sich K. auf den Paragraphen 35 der Strafprozeßordnung: Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst . . . die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde. Der Richter ließ die für K. ziemlich anmaßliche Behauptung auf jenen Paragraphen zu Protokoll nehmen und den Zeugen zurücktreten.

Der zweite Zeuge S. folgte dem Beispiel seines Kollegen und sagte: „Mir steht es nicht an, mit dem Staatsanwalt gemeinsam über einen Arbeiter zu Gericht zu sitzen.“ Die Beweisführung sei Sache des Richters. Da dieser nun zu verurteilen gab, daß er dazu der Zeugen bedürfe, wurde S. ein bißchen

irre und gab einige Auskünfte, die jedoch die Frage bewirkten, ob der Zeuge das beschwören wolle. Er hatte gesagt, daß er über den bewußten Vorfall völlig unwissend sei und auch nicht wisse, ob er an jenem Tage geschlagen wurde. Nach dem Hinweis auf den Eid berief sich dann auch dieser Zeuge auf den Paragraphen 35.

Unter diesen Umständen, und weil ein dritter Zeuge nicht erschienen war, wurde die Verhandlung vertagt. Die Gäste der beiden Zeugen sollte wohl Ausdruck einer besonderen Arbeitermoral sein. Daß sich die beiden Arbeiter mit den empfangenen Prügelein abfinden wollen, ist schließlich ihre Sache. Daß aber die ethische Demonstration vor dem Richter im Anschluß an eine Prügelei zwischen Arbeitern wegen politischer Meinungsverschiedenheiten vor sich geht, das macht sie nicht gerade imposant.

Bericht der Arbeiterstimme (KPD-Presse):

„Wir wurden von Kommunisten überfallen!“

Unionistenlügen brechen vor Gericht in sich zusammen!

Am 8. März d. J. gaben die Unionisten ein Flugblatt heraus, das sich in gemeiner Weise gegen die von der Kommunistischen Partei aufgeführte Erwerblosendemonstration richtete. Vor den Stempelstellen wurde das Flugblatt von der sogenannten Kochgruppe verteilt. Die Proleten wehrten sich gegen die unfähigen Beschimpfungen ihrer Partei, und in der Folge kam es auf der Lötauer Straße zu einer erregten Auseinandersetzung. Die Unionisten Koch und Solze erstatteten später gegen einige Arbeiter beim Staatsanwalt Anzeige wegen versuchten Totschlags. Und tatsächlich wurde gegen den Genossen Staneek wegen Körperverletzung und groben Unfugs verhandelt. Auch Koch und Solze waren keine Zeugen geladen. Sie konnten aber ihre gemeinen Denunziationen gegen klassenbewußte Arbeiter vor dem Klassenrichter nicht aufrecht erhalten und verweigerten die Aussage, da sie sich bei wahrheitsgemäßer Aussage, wie sie erklärten, selbst belasten müßten. Klipp und klar ist damit bewiesen, wer die wirklichen Angreifer bei der von den Unionisten in ihrem Blättchen so groß aufgelegten Schlägerei waren. Mit frecher Stirn wandten Kommunisten des Überfalls bezichtigt und den Staatsanwalt denunziert. Die Angst vor Bestrafung war es, die Koch und Solze zur Aussageverweigerung zwang. Nicht, wie sie pathetisch erklärten, „um nicht mit dem Staatsanwalt gemeinsam über Arbeiter zu Gericht zu sitzen“. Ihr bei der Arbeiterschaft verlorenes Teil an hiesigen Arbeiter durch derartige Manöver bestimmt nicht wieder auf.

Der Berichterstatter der Volkszeitung sucht wenigstens den Schein einer Objektivität und des menschlichen Anstandes zu wahren, dies muß man bei aller Ablehnung und schärfter Bekämpfung ihrer gesamten Politik ohne weiteres anerkennen. Ein Verstehen oder Erfassen einer derartigen revolutionären, proletarischen Moral kann bei der vollständigen bürgerlichen Versumpfung der gesamten SPD-Journaille unmöglich erwartet werden. In der Parallel der „einzigsten revolutionären Arbeiterpartei“, der ehrlich und allein die wirklichen Arbeiterinteressen zu vertreten wollenden KPD., zeigt jedem einigermaßen denkenden Menschen, wo die wirklichen Lügner zu suchen sind. Eine Partei, die in so kurzer Zeit — annähernd 11 Jahre — schon so verkommen ist (die SPD. hat wenigstens rund 50 Jahre „Entwicklung“ gebraucht, um auf diese Höhe ihres Selbstbaus zu gelangen), daß sie im Kampfe um ihre Selbsterhaltung zu jedem Mittel eckel jesuitischer Moral greift, nur mit dem Unterschiede, daß ihre Führer von lächerlich kleinstem Format im Gegensatz der Spitzen der echten Jesuiten sind. Die Arbeiterschaft wendet sich jedoch mit Abscheu von diesen Elementen, deren ganze revolutionäre Arbeit in Lug, Trug, Verleumdung und Organisation fanatisierter Rollkommandos gegen die Arbeiterschaft einerseits, in wehrtauchbeweldeten, lachenden, schwülstigen Toanen mit den Totfeinden der Arbeiterschaft andererseits, ihren markantesten Ausdruck findet. Den Genossen um den P. Z. herum möge diese Episode inbezug ihrer taktischen Einstellung zu den gegenwärtigen und den kommenden Kämpfen so manches zu denken geben. Reinheit aus Prinzip macht jedenfalls keine Weltgeschichte. Das hat dieser Fall eindeutig bewiesen.

Genossen!

Wer sich von den autoritären, reformistischen Parteien und Gewerkschaften losgelöst fühlt, wer mit der antiautoritären Schreibweise des „Spartakus“ sympathisiert, wende sich an den Verlag!

Man benütze den untenstehenden Bestellzettel!

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A.
Druck: A. P. Schnädelbach & Co., Dresden-A.

Hier abtrennen!

An das

Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreis von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1930
Verlagsort: Rahnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29
Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name Ort u. Zustellungspostamt
Straße u. Hausnummer

Nr. 16 ☆ 5. Jahrgang
10. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS
ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rahnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rahnitz-Hellerau, Händelstr. 3

15. August 1930

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postscheckkonto Dresden Nr. 32722

Hindenburg diktiert!?

Hindenburg, der mit dem Militärstiefel die Welt erobern wollte, Hindenburg, der, trotzdem er von Politik nichts verstand, zum Reichspräsidenten der freiesten Republik der Welt gewählt wurde, Hindenburg, der zu jedem nationalen Rummel das deutsche Volk zu den nationalen Linken von Müller, Wiesel, Leipart und Severing zu repräsentieren hat, dieser arme, alte Hindenburg, der auf Grund seiner „großen Verdienste“ um das deutsche Volk schon längst der Alters- und Invalidenversicherung eingereiht werden müßte, hat das Kasperletheater am Königsplatz in Berlin nach Hause geschickt. Diese Verlogenheit, diese Heuchelei war ihm doch etwas zu toll. Als Mann, der dem deutschen Kaiser Wilhelm II. jahrzehntlang gedient hatte, der bereits schon fünf Jahre die von den Sozialdemokraten geschaffene Republik repräsentierte, mußte er, da dieses Parlament schon seit seiner Geburtsstunde im Jahre 1928 unfähig war, die Forderungen der Bourgeoisie in der Todeskrise zu erfüllen, im Auftrage der herrschenden Klasse das tun, was ihm selbst seine Popularität bei der Sozialdemokratie kostete. Es ist nicht das erste mal, daß mißfiel, der demokratischen Verfassung die Diktatur regiert. Der frühere Reichspräsident und Sozialdemokrat Fritz Ebert war ein Feind jeder Volksvertretung, der § 48 stand bei ihm in hohen Ansehen. Fast die Hälfte seiner Regierungszeit hatte er das Parlament nach Hause geschickt und er ließ durch den Militärstiefel jede freie Meinungsäußerung des Proletariats unterdrücken. Bei ihm war es bereits Gewohnheit geworden, nur mit dem verfassungsgemäßen § 48 in Deutschland zu regieren. Zur besseren Illustrierung der sozialdemokratischen Herrschaft sei gesagt, daß der reaktionäre Generaloberst Seekt im Jahre 1924 Fritz Ebert daran erinnern mußte, daß es nach einjähriger Dauer des Ausnahmezustandes Zeit wäre, wieder einmal die Volksvertretung „mitreden“ zu lassen. Ob Ebert oder Hindenburg, beide hatten das zu tun, was die Wirtschaftsdiktatoren in Deutschland bestimmten.

Eine Steuergesetzgebung war notwendig, um den Etat zu balancieren und den Betrag für die durch die Weltkrise größer gewordene Arbeitslosigkeit zu zahlen. Die Müller-Hilferding-Regierung hatte für die Bourgeoisie bereits eine Steuergesetzgebung ausgearbeitet, wofür sie jedoch keine parlamentarische Mehrheit fand. Es war ein Risiko, diesen Massensteuern zuzustimmen, denn man wollte und konnte doch den Wählermassen nicht vor den Kopf stoßen. Darum mußten Hilferding und kurz danach die Müller-Wissel-Severing abtreten. Für die Bourgeoisie war es klar, daß auch die Regierung Brüning keine parlamentarische Mehrheit finden würde. Darum wurde dem Brüning-Kabinet das Regieren mit dem § 48 zugesagt, sobald die parlamentarischen Kunstgriffe und Scheinmanöver versagen. Im Parlament wurde durch die Majorität abgelehnt. Ein Mißtrauensvotum der Kommunistischen Partei nach der Ablehnung des Deckungsprogramms gegen das Brüning-Kabinet fand ebenfalls keine Mehrheit. Dieser Widerspruch, dieser Bankrott des Parlamentarismus konnte nur ein mühseliges Lächeln erwecken. Die Regierung Brüning mußte durch die Lächerlichkeit und den Versagen des Parlamentes zum Handeln schreiten und brachte eine Notverordnung durch. Die Sozialdemokraten, in die Opposition gedrängt, zeigten ihre wahren Verwandlungskünste. Sie, die die Steuergesetzgebung ausgearbeitet hatten, stimmten gegen die Notverordnung, und da noch mehrere Parteien den Schein der Demokratie wahren und im Lichtkegel der Öffentlichkeit als Freunde des Volkes gelten wollten, fand diese Abstimmung die Mehrheit. Da es eine Lüge war, daß das Parlament nicht gab, mußte der alte ergraute „Frontkämpfer“ Hindenburg dem Reichskanzler Brüning die Vollmacht geben, mittels § 48 der Reichsverfassung das deutsche Volk zu regieren.

Die vom aufgeregten Reichstag abgelehnte Notverordnung ist in etwas anderer Form durch den Diktatraparagraphen herausgekommen. Die neue Verordnung bildet fünf Hauptabschnitte: I. Deckungsmaßnahme für

den Reichshaushalt 1930; II. Erschließung von Einnahmen für die Gemeinden; III. Versicherung und Versorgung; IV. Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen; V. Osthilfe und Vollstreckungsschutz. Die neue Steuerlast sieht folgendes vor: von den öffentlichen Beamten und Angestellten wird ein außerordentlicher Beitrag in Höhe von 2 1/2 % der Einnahme erhoben. Für die Ledigen wird die Köhlerische Ermäßigung von 25 % gestrichen, ein weiterer zehnprozentiger Zuschlag zur Lohnsteuer tritt hinzu, wenn das Einkommen monatlich 220 RM übersteigt. Die Gemeinden sind berechtigt, eine Biersteuer zu erheben. Bei den Hungerriemen noch enger geschnallt werden. Die Wartezeit für Ledige ist von 7 auf 14 Tage verlängert, bei Arbeitslosen bis zu 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen auf 7 Tage und bei 4 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen auf 3 Tage. Außerdem wird der Beitrag auf 4 1/2 % erhöht. Der Zuschuß des Reiches für das Arbeitsamt wird auf 184 Millionen festgelegt. Dieses gilt für die Sommermonate. Denn die Verordnung rechnet mit einem weiteren Anwachsen der Erwerbslosenziffern. Da die Etatsbalancierung nur für den augenblicklichen Zustand berechnet ist, so hat das Arbeitsamt das Recht, bei gesteigerter Arbeitslosigkeit die Beiträge zu erhöhen und andererseits eine Abstufung der Beiträge in den Leistungsklassen vorzunehmen. So sieht die Großmäuligkeit der Sozialdemokraten aus, die jeden Angriff auf die Sozialpolitik mit allen Mitteln ablehnen und bekämpfen wollten.

Nicht genug damit, auch aus der Krankenversicherung sollen für den Staat 400 Millionen herausgepreßt werden. Der trockene Faschismus schreitet zielbewußt vorwärts, das Lebensniveau des Proletariats immer tiefer drückend. Die Wartezeit wird von 3 auf 4 Tage verlängert. Für die Arzneikosten zahlt der Kranke 50 Pf. ebenfalls für den Krankenschein. Außerdem können Ansprüche aus dem Reichsversorgungsgesetz grundsätzlich nicht geltend gemacht werden. Bei den ersten

Antikriegstag, revolutionärer Militarismus und proletarische Jugend

(Versuch einer Charakteristik)

I.
Der proletarischen Jugend wurde in den unzähligen Reden, die während der Antikriegskundgebungen am 1. August über die Köpfe der Demonstranten brauseten, „besondere Aufmerksamkeit“ gewidmet. Natürlich nicht zu Unrecht, denn die proletarische Jugend ist im Kriegsalter in erster Linie „berufen“, den Heldentod fürs Vaterland zu sterben. Und Kriegsgefahr ist im Zeitalter des Kapitalismus und des Imperialismus immer vorhanden. Der ideologische Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr muß sich logischerweise in erster Linie auf die revolutionäre antimilitaristische Beeinflussung und Erziehung der proletarischen Jugend erstrecken. Im Kriegsalter wird die Armee, die mit einem starken Prozentsatz revolutionärer Antimilitaristen durchsetzt ist, bessere Arbeit für die proletarische Revolution als für imperialistische Interessen leisten. Der Umwandlung eines imperialistischen Krieges in den proletarischen Befreiungskampf sind dann äußerst günstige subjektive Voraussetzungen gegeben.

II.
Wie steht es heute um die revolutionäre antimilitaristische Beeinflussung und Erziehung der proletarischen Jugend? — Im Gegensatz zu den ersten Jahren nach dem Weltkriege, in denen breiteste antimilitaristische Strömungen in den Reihen der proletarischen Jugendorganisationen vorhanden und vorherrschend waren, ist heute ein Zurückgehen und Zurückdrängen dieser Strömungen zu verzeichnen. So bedenklich und alarmierend dieser Zustand ist, so findet er doch seine Erklärung zunächst in der Tatsache, daß einerseits

drei Hauptabschnitten, die eine Steuerbelastung des Proletariats bis aufs äußerste vorsehen, zeigen die zwei anderen Hauptabschnitte, die die Bourgeoisie betreffen, klipp und klar, daß nicht nur durch die Demokratie, sondern auch durch die Diktatur alles aus dem Proletariat herausgepreßt und in den Rachen der Kapitalisten und Agrarier geworfen wird. Der Hauptabschnitt 4, welcher eine Preissenkung vorsieht und die Preisfestlegung der Kartelle bekämpfen und verhindern will, ist so idiotisch und erbärmlich und widerspricht vollkommen der kapitalistischen Entwicklung, daß man dies nur als ein Scheinmanöver betrachten kann, um das Kleinbürgertum zu beruhigen. Für den 5. Hauptabschnitt, Osthilfe und Vollstreckungsschutz, erhält die Reichsregierung eine Bürgschaftsermächtigung bis zu 50 Millionen zur Ablösung von Siedlungs-Zwischenkrediten, ferner zur Gewährung von Darlehen für Umschuldungen in den Ostgebieten bis zu einem weiteren Betrag von 100 Millionen. Ferner wird ein Vollstreckungsschutz in den Ostgebieten bis zum 31. Dezember 1930 gewährt. So haben Zwangsvollstreckungen, wie sie bei den Proleten täglich gemacht werden, bei den Agrariern zu unterbleiben.

Dies das vorläufige Programm der Bourgeoisie. Fest umrissen steht es da. Dies mußte kommen durch Demokratie, Volksheerrschaft, Stimmzettelpolitik, Berufsliberalismus und Parlament. Eine weitere Fäule zu all diesem ist der außerparlamentaristische Parlamentarismus der Kommunistischen Partei, ihre „Massen-„imärsche“ die die Regierungen zwingen sollten, die reformistischen Forderungen der kommunistischen Abgeordneten anzuerkennen, sind nun auch überflüssig geworden.

Augenblicklich leistet die Diktatur bessere Dienste als die Demokratie. Das Parlament ist nach Hause geschickt, doch Marx und Engels lehren uns, daß die Demokratie die letzte Regierungsform der Ausbeuter ist und wenn das Proletariat durch die weitere Verelendung nur noch zwischen Hungertod und Barrikade, zu entscheiden hat, dann stehen je nach Bedarf Demokratie und Diktaturparagraph 48, Hindenburg und Berufsleiter jenseits der Barrikaden in einer Klassenfront gegen das revolutionäre kommunistische Proletariat, gegen die Räteorganisation.

die unmittelbaren Eindrücke und Nachwirkungen des Massenmordes nicht mehr vorhanden und die Erinnerungen an das Kriegselend verblaßt sind. Die Wunden sind vernarbt. Andererseits aber sind die damals jugendlichen langsam in das Lager der Älteren hinübergewechselt, andere Jahrgänge der proletarischen Jugend, denen unmittelbare Eindrücke und Erinnerungen vom Weltkrieg nahe und sogar ganz fehlen, treten in Erscheinung. Der Charakter der proletarischen Jugend hat sich gewandelt.

Für die heute 16-20-jährigen ist der Weltkrieg mehr oder weniger „Geschichte“. Sie wissen von ihm durch Hörsagen, Erzählungen der Väter, durch Bücher und Theater. Eine Sturzelle von Kriegsliteratur ergoß sich in den letzten Monaten — und ergibt sich noch — über die Bevölkerung. Der antimilitaristische Wert dieser Kriegsliteratur muß — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — bestritten werden. Auf erlebnisshungrige, einspannende Gleichmaß des Produktionsprozesses eingepaarte Jungarbeiter wirkt sie mehr anreizend als abschreckend oder antimilitaristisch aufklärend. Psychologisch ist das durchaus erklärlich.

Ein anderes Beispiel: Von älteren Familienangehörigen und Arbeitskollegen, von Kriegsteilnehmern, hört der junge Arbeiter über Kriegserlebnisse erzählen. Es ist eine Eigentümlichkeit dieser Erzählungen der unmittelbaren Beteiligten, daß sie sich meist nur auf die heiteren, vergnüglichen Seiten der Feld- und Schutzengraben-erlebnisse erstrecken. Elend und Grauen liegen irgendwo tief vergraben, sollen vergessen sein, niemand will mehr daran denken. Auch das ist wiederum psychologisch

zu verstehen, hat aber mit Antimilitarismus nicht das allergeringste zu tun.

So „vorbereitet“ tritt ein Teil, wohl der aktivste, der jungen Arbeiter in die Reihen der proletarischen Jugendorganisationen. Hier sollte nun seine ideologische Beeinflussung und Erziehung erfolgen. Sollte! Im Laufe der Jahre hat sich jedoch auch hier ein Umwandlungsprozeß vollzogen.

III.

Seit der Entstehung besonderer proletarischer Jugendorganisationen bestanden Meinungsverschiedenheiten über ihren organisatorischen Charakter. Der Forderung der organisatorischen und politischen Selbstständigkeit stand die andere Forderung der Unterordnung unter Partei und Gewerkschaft gegenüber. Du sollst keine anderen Götter haben neben dem Parteivorstand. Während des Weltkrieges kam es zum offenen organisatorischen Bruch dieser Auffassungen. Die sozialdemokratische Parteijugend unterwarf sich dem chauvinistischen Parteivorstand, war gehorsamst kriegs- und jugendwehrgeliebt. Der prominenteste Vertreter dieser Richtung war — der Name ein Programm! — Fritz Ebert.

Die revolutionäre proletarische Jugend scharte sich um Karl Liebknecht, um den Spartakusbund, um Zimmerwald. Ihr „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ gellte am 1. Mai 1916 vom Potsdamer Platz den monarchistischen Kriegshetzern und ihren gehorsamen sozialdemokratischen Kriegskreditbewilligern in die Ohren. Während der Spartakusmonate war sie die Jugend des Spartakusbundes. In der Zeit des Weltkrieges und der darauf folgenden Kämpfe des revolutionären Proletariats um die Macht zeigte sich jene revolutionäre Jugend in ihrer höchsten Blüte, zeigte sie sich, wie Karl Liebknecht sagte, als die reinste Flamme der Revolution.

IV.

Die Niederlage des revolutionären Proletariats war auch die Niederlage der revolutionären proletarischen Jugend. Die Organisations- und Richtungskämpfe in den folgenden Jahren erstreckten sich auch auf die Liebknecht-Jugend. Parteien kamen und Parteien gingen. Die Jugend entschied sich teils für diese, teils für jene. Parteischicksal wurde das ihre. Die Jugend des 1. Mai 1916 zerfiel.

V.

Und heute? Jede „Arbeiter-Partei“ hat ihre „Jugend“. Jede dieser Jugenden hat vor allen Dingen ihren eigenen „Verwaltungsapparat“. Immer ist er der schlechtere Abklatsch einer schlechten Partei. Die jeweiligen Parteiparolen sind jeweilige letzte und höchste Weisheiten; der jeweilige „Parteiführer“ das erstrebenswerte Vorbild. Die aktivsten Jugendlichen sind junge Parteisekretäre und Parteibürokraten. Das Wirkungsfeld dieser Jugendverbände und Jugendsektionen liegt im Rahmen der in Frage kommenden Parteiprogramme.

VI.

Eine Erscheinung innerhalb der proletarischen Jugendorganisationen verdient ganz besondere Beachtung, nämlich die Annäherung an die Methoden des Militarismus. Ein freiwilliger Neomilitarismus hat, ausgehend von bürgerlichen, reaktionären und faschistischen Wehr- und Jugendwehrgesellschaften und Hand in Hand gehend mit fortschreitender Verbürokratisierung auf die proletarischen Jugendverbände übergreifen. Sie werden damit zum gedanken- und willenlosen

Werkzeug bürokratischer Cliquen- und Machtkämpfe. Leo Trotzki charakterisierte diesen Zustand treffend in einem Briefe vom 22. Dezember 1929 an chinesische oppositionelle Kommunisten:

„Was den individuellen Terror anbetrifft, so haben wir Marxisten ihn sogar in Bezug auf die zaristischen Satrapen abgelehnt. Während in letzter Zeit die kommunistischen Parteien oder richtiger gesagt, ihre Apparaturen und andere Methoden der linken Versammlungen und der Gegner, besonders der linken Opposition, anwenden. Viele Bürokraten sind ehrlich überzeugt, daß darin der wirkliche Bolschewismus besteht. Ihre Ohnmacht dem kapitalistischen Staat gegenüber rächen sie an den anderen proletarischen Gruppen und verwandeln damit die bürgerliche Polizei in einen Schiedsrichter über sie.“

Man kann sich schwer vorstellen, welche Art Moral dieses Beieinanderseins von Ohnmacht und Gewalttätigkeit erzeugt. Die Jugend lernt immer mehr, daß die Faust besser sei als jedes Argument. Dadurch wird ein politischer Zynismus großgezogen, der besser als anderes die Leute zum Übergang ins faschistische Lager vorbereitet. Gegen die groben und illoyalen Methoden des Stalinismus ist unermüdlich Kampf zu führen, in Wort und Schrift sind sie zu entlarven, und den Arbeitern ist Haß und Verachtung gegen jene Pseudo-Revolutionäre einzupflanzen, die statt an das Gehirn zu appellieren, den Schädel einschlagen.“

Die Idee des revolutionären Militarismus, einst eine der grundlegenden der proletarischen Jugendbewegung, wurde verdrängt durch einen sogenannten „proletarischen Wehrsport“, mit der dazu gehörigen Uniformierung, mit aller dazu „erforderlichen Disziplin.“ Statt der Bekämpfung der militaristischen Methoden und der damit logischerweise verbundenen militaristischen Ideologie vollzieht sich eine Annäherung an dieselbe. Der beispiellose ideologische Niedergang der proletarischen Jugend findet nicht zuletzt hierin seine Erklärung.

VII.

Die jungen Arbeiter strömen in bürgerliche und „Arbeiter“-Sportvereine. Die sogenannten politischen Organisationen der arbeitenden Jugend sind unfähig, diesen Sportwahn einen Damm entgegenzusetzen. Durch „Sportwahn“ und „Zeitercheinung“ werden diese kleinbürgerlichen Sport-Tendenzen verstärkt. Für die herrschende Klasse ist die „Sportbewegung“, die von ihr mit allen Mitteln gefördert wird, ein Ablenkungs- und Beruhigungsfaktor. Der „Sport“ übernimmt teilweise die Aufgaben, die ehemals ganz Religion und Kirche zu erfüllen hatten: „Opium fürs Volk.“ Versteckt werden diese Absichten durch das Hervorkehren der sogenannten „körperlichen Erleichterung“. — Und nach dieser Richtung bewegen sich große Teile, vielleicht sogar der größte Teil der proletarischen Jugend!

VIII.

Kapitalismus und Imperialismus geraten immer tiefer in die Ausweglosigkeit. Die objektiven Faktoren des Herannahens der proletarischen Revolution wachsen ständig, permanent. Das Proletariat steckt in tiefer Depression. Die proletarische Jugend ist verstrickt in scheinrevolutionären Militarismus, in gedanken- und geistlosen Muskelradikalismus, mindestens aber in

die Methoden einer versumpften Partei- und Gewerkschaftsbürokratie.

Das scheinrevolutionäre Geschrei am Antikriegstage kann diesen Zustand nicht verbergen. Es gilt offen auszusprechen, was ist — es gilt, das Steuer entschieden herumzuwerfen. Nur dann kann die proletarische Jugend wieder zur Jugend Karl Liebknechts werden, nur dann ist sie wieder die Jugend des revolutionären Antimilitarismus, die reinste Flamme der Revolution!

Genossen, merkt euch das für den 14. September 1930!

Es lohnt sich, einige Auszüge aus der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 22 den Kollegen ins Gedächtnis zurückzurufen.

Im Artikel „Siebenstundentag“ skizziert der Artikelschreiber die kolossale Arbeitslosigkeit und schreibt weiter: „Daß die Arbeitslosigkeit bald wieder verschwindet, nimmt heute wohl kaum einer an.“

Hierin sind wir wohl alle mit ihm einig. Nun schreibt er weiter: „Denn eine der großen Ursachen der Plage treibt weiter. Die Rationalisierung wirkt sich ja eigentlich erst praktisch aus“ usw. Gewiß, so überschneidet sich in Deutschland ist das Unternehmertum noch nirgends, wo es durch seine Bergwerkszeitung fordern, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnverhöhung, Zwingen der Erwerbslosen zu öffentlichen Arbeiten, Abschiebung der Beschäftigungslosen ins Ausland, in Kolonien, und Beseitigung der Unterstützung für die Saisonarbeiter.“ Zu solchen Unsinnigkeiten versteigt sich, wie gesagt, keine außerdeutsche Unternehmerschaft. Immerhin erklärt auch sie in Amerika wie in Belgien, in England wie in Österreich den Arbeitern: „Der Lohn kann nicht erhöht werden, sondern ihr müßt für weniger mehr schaffen, damit ihr noch billiger erzeugt als die anderen Arbeiter jenseits der Grenze“ usw.

Gewiß, Genossen, wir geben zu, daß das deutsche Unternehmertum rücksichtslos, ohne mit den Wimpern zu zucken, die Maßnahmen ergreift, welche ihnen noch eine Galgenstrafe gewähren. Aber sind ihnen dabei auch unsere sogenannten Arbeiterführer behilflich?

Aber auch die ausländischen Kapitalisten sind bei Strafe ihres Unterganges gezwungen, den deutschen Unternehmern bei der rücksichtslosesten Ausbeutung nicht nachzusehen.

Nachstehender Auszug aus dem Bericht der Metallarbeiter-Zeitung über „Die englische Baumwollkrisis“ möge dies bestätigen:

„Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung Macdonald war die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Lage der Baumwollindustrie. Dieser Ausschuss stellte fest, daß seit dem Kriege die Ausfuhr nach Indien durch die einheimische, billiger arbeitende Industrie stark zurückgegangen ist. Dazu kommt die schärfere Konkurrenz Japans, das gleiche gilt von China, das seine Baumwollindustrie stark entwickelt hat.“ Der Ausschuss kommt nun zu dem Ausspruch: „Lancashire muß wählen: Entweder durchgreifende Reform und Rationalisierung — oder

stillstehende Webstühle, Rost in den Spindeln und Hunger in den Dörfern.“

Hierzu ein weiterer Auszug aus dem Bericht der Metallarbeiterzeitung „Der erste Konflikt.“ „In der englischen Baumwollindustrie droht ein neuer Arbeitskonflikt auszubrechen. Den Anlaß gibt die seit kurzem eingeführte Methode der Webereien, je acht Webstühle von einem Arbeiter beaufsichtigen zu lassen, anstatt vier wie bisher. Die Gewerkschaft der Weber hat dem Arbeitgeberverband ein Ultimatum gestellt, in dem sie die sofortige Rückkehr zu dem System der vier Webstühle verlangt. Gehen die Webereien nicht darauf ein, dürfte ein großer Ausstand in Lancashire unvermeidlich sein.“

Also, Genossen, überall dasselbe. Der Artikel lautet weiter: „Die zahlenmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit findet ihrsgleichen in der Verschlimmerung des Elends der Erwerbslosen. Die Not der Erwerbslosen schreit zum Himmel. Wie lange werden sich noch die unsäglich leidenden Opfer der kapitalistischen Wirtschaft still verhalten?“

Im nächsten Absatz heißt es: „Aber diese Gesellschaft und ihre Regierungen vermögen auch gar nicht, die ärgste Plage der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit, zu mildern, vom Beseitigen ganz zu schweigen. So schwilt denn das Millionenheer der Arbeitslosen weiter an. Sie sind indessen je länger, desto weniger geneigt, dem kapitalistischen Profit oder der Sesselschne der Gesetzemacher zuzuliebe, stumm zu verenden. Im Gegenteil, sie pochen immer lauter an die Tore der Parlamente. In Deutschland haben sie die Koalitionsregierung gestürzt. In England können sie der Arbeiterregierung jeden Tag das gleiche Schicksal bereiten.“

Er schreibt weiter: „Jede Regierung wird sich dem grimmigen Problem der Arbeitslosigkeit gegenübersehen. Und das wird solange gehen, bis die kapitalistische Gesellschaft beseitigt ist. An der Arbeitslosigkeit wird die kapitalistische Gesellschaft zugrunde gehen. In der Zeit bis dahin hat aber die Klasse, die unter der Suche am meisten zu leiden hat, alle Kräfte für die Opfer der Suche und ihrer Milderung mobil zu machen. Daß die Hoffnung der Arbeiter auf die Regierungen und Parlamente auf dem Nullpunkt angelangt ist, kann hier als bekannt angesehen werden.“

Sehr gut, Genossen, die Hoffnungen der Arbeiter auf Regierung und Parlament sind nach unserer Meinung schon unter dem Nullpunkt angelangt. Die Sachsenwahlen haben dies wieder bestätigt; und Nachstehendes wird manchem Genossen die Augen öffnen: „Im Reichstag wurde der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Der Reichskanzler erhob sich sofort und verlas das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten. Unter großer Unruhe ging der Reichstag auseinander.“

Also, keine Regierung, kein Parlament ist imstande, den Gang der Entwicklung, und somit die Verelendung des Proletariats, im kapitalistischen Staate aufzuhalten. Warum dann noch wählen? Warum die kostbare Zeit für Propaganda vergeuden und die Millionen für zwecklose Wahlpropaganda hinausgeschleudern, wenn man einsieht, daß es zwecklos ist.

Der Artikelschreiber schreibt aber recht vorsichtig: „die heutigen Parlamente und Regierungen“. Trotzdem er auch die Arbeiterregierung in England anführt. Meint er, daß eine Arbeiterregierung im kapitalistischen Deutschland etwas an dem Untergang des Systems und somit an der Verelendung des Proletariats ändern könnte? Wir sagen nein! Jede Regierung — und sei es eine Arbeiterregierung — muß im Sinne des bestehenden Systems, und das bedeutet im Interesse der Kapitalisten zum Nachteile des Proletariats, regieren. Tut sie das nicht, so wird dieselbe nicht mit Notverordnungen sondern mit einem Leutnant und 10 Mann zur Raison gebracht werden. Wir glauben natürlich nicht, daß dies notwendig ist, denn Ebert, Noske, Scheidemann und Genossen haben den Beweis dafür erbracht.

Nun kommt aber das interessanteste: „Die einzigen, von denen in dieser schwierigen Sache noch etwas zu erwarten ist, sind die Gewerkschaften. Sie sind noch die einzigen Hoffnungsträger der Arbeitslosen und sie sind auch dazu berufen, diese Hoffnung zu erfüllen.“

Dieser Ansicht sind wir natürlich nicht. Das katastrophale Versagen der Gewerkschaften hat doch jeder Prolet am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Wir sind der Meinung, daß es den Gewerkschaften bald so gehen wird, wie den von dem Artikelschreiber angeführten Parlamenten und Regierungen. Das heißt, daß die Hoffnung der Arbeiter auf die Gewerkschaften nicht nur auf dem Nullpunkt, sondern unter Null angelangt ist. Die Hoffnung der Arbeitslosen, überhaupt des Proletariats, auf Regierungen und Parlamente hat der Artikelschreiber selbst zerstört. Unsere Aufgabe aber muß es sein, mit noch viel größerer Energie als bisher die Hoffnung der Arbeiter auf die Gewerkschaften, die letzten Bollwerke des Kapitalismus, zu zerstören.

Er schreibt nun weiter, daß die Gewerkschaften sich sehr um die Not der Erwerbslosen gekümmert hätten und sagt: „Hier handelt es sich um die Verhütung einer Katastrophe. Die Entschließung des Bundesausschusses zählt die Maßnahmen auf. Nun heißt es, von der Entscheidung zur erfüllenden Tat überzugehen. Ein kurzes, klares, packendes Aktionsprogramm scheint vonnöten. Darin muß die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit eine scharfe, packende Form erhalten: den Siebenstundentag. Bei einem solchen Programm, wenn ihm die erfüllende Tat nicht

fehlt, ist sicherlich die gesamte Arbeiterschaft mit warmen Herzen und ganzer Hand dabei.“

Ja, Genossen, das Programm ist nicht schlecht. Aber nur Dumme, welche durch ihre langjährige gewerkschaftliche Erziehung noch nicht begriffen haben, daß es ein Unsinn ist, bei der verzweifelten Anstrengung schaffen, die siebenstündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn einzuführen. Vielleicht kommen den Gewerkschaften die Unternehmern wohlwollend entgegen, indem sie die kurzarbeitenden Betriebe statt bei 8-stündiger vier Tage arbeiten lassen usw. Bei den vollarbeitenden Schwerindustrie — nach Prüfung dieser Betriebe feststellen, daß eine verkürzte Arbeitszeit vorläufig nicht

Genossen, wollen wir eine Katastrophe verhüten, so müssen wir das Übel an der Wurzel anfassen. Nicht den sterbenskranken Kapitalismus stützen, sondern ihm den Todesstoß versetzen. An dessen Stelle gilt es die kommunistische Bedarfswirtschaft zu setzen.

Das könnt ihr aber nicht mit Parteien, auch nicht mit den Gewerkschaften tun. Die Gewerkschaftsführer Parteiführer, das Denken und Fühlen mit euch verloren. Daraus ergibt sich ihre reformistische Einstellung im Denken und Handeln. Ebenso wie man, um das Proletariat vor der Verelendung zu schützen, an Stelle des Kapitalismus die kommunistische Bedarfswirtschaft setzen muß, muß man, um diesen zu stürzen und sie einzuführen, revolutionäre Betriebsorganisationen schaffen.

Wir wissen ganz genau, daß auch die Hoffnung der Arbeiter auf die Gewerkschaften auf dem Nullpunkt angelangt ist. Daß dieselben noch hemmend auf der revolutionären Entwicklung wirken können, ist die Schuld der Genossen der KPD. Diese müßten doch endlich zug auf Regierung und Parlament können sich die KPD-Genossen an den Ausführungen des Artikelschreibers der Metallarbeiterzeitung eine Scheibe abschneiden.

Die letzten Jahre haben klar und deutlich bewiesen, daß Parteien und Gewerkschaften nicht imstande sind, die Verelendung des Proletariats zu verhüten. Verfaßt diese Gebilde! Gründet Betriebsorganisationen! Schließt euch auf den Arbeitsausschüssen und nach Wohnbezirken zusammen. Dasselbe muß in Bezirk und Reich geschehen. Dann haben wir das Räte-system, mit dessen Hilfe wir imstande sind, das verfaulende kapitalistische System aus den Angeln zu heben und die kommunistische Bedarfswirtschaft aufzubauen.

Auf was wartet ihr noch?

Zur Befreiungsfeier

Die Deutsche Zündholzfabriken A.-G. in Berlin legt die Zündholzfabrik Koswig (Anhalt) still. 200 Arbeiter kommen zur Entlassung. Grund: Absatzstockung, hervorgerufen, na, sagen wir mal durch den Ivär-Kreuger-Trust.

Heinrich Oxe, Auerbach & Co., Dortmund, Feld- und Industriebahnwerk, verkauft seinen ganzen Maschinenpark, stellt ihre sämtlichen Maschinen zum Verkauf. Wo mögen wohl die Arbeiter geblieben sein? Preisauflage für Betriebsräte und Gewerkschaften.

Maschinenfabrik und Gießereien J. Ruppel, Ludwigs-hafen am Rhein, braucht ihre Maschinen nicht mehr. Die Belegschaft ist bis auf weiteres zur Befreiungsfeier der deutschen Rheinlande abkömmlich geworden.

H. Geiger, Zahnradfabrik, Düsseldorf, hat die Arbeit eingestellt. Damit die Maschinen nicht verrotten, sollen sie verkauft werden. Die Arbeiter dürfen sich selbst weiterverkaufen.

Metallwarenfabrik Hans Bayha, Köln-Birkendorf, hat stillgelegt. Der Arbeiter hat wohl keine Arbeit, aber der „deutsche Rhein ist frei“.

Alles in allem ein kleiner Ausschnitt aus Konzentration und Todeskrise.

Die Polizei war machtlos

Man liest dieses in den Zeitungen. Machtlos, aber nicht etwa gegen revolutionäre Arbeiter, mit denen wir man noch immer fertig. Man hat ja Panzerautos und Flammenwerfer, um hungrige Proleten zur „Ordnung“ zu bringen. Aber die Polizei war „nicht in der Lage“, die Hinterbänder vom Schlage eines Schlageters in Schach zu halten, als diese Helden etwas für Deutschlands Größe tun wollten (aber nur etwas gefahrlos) und deshalb im geräumten Rheinland Wohnungen und Möbel der sogenannten Separatisten demolierten.

Natürlich hat das klassenbewußte Proletariat mit diesen besessenen Radaubrüdern nichts gemein, ebenso wie es mit der Separatistenbewegung nichts zu tun hatte.

An diesem Vandalismus erkennt man aber den alten preußischen Geist. Der Geist von anno 1814—15, wo Paris seinen Truppen zur Plünderung übergeben wollte und nur mit großer Mühe von russischen Offizieren daran gehindert wurde.

Dies ist das deutsche Wesen, an dem einst die Welt genesen sollte.

Rußland beglückwünscht das deutsche Kapital

Glockengeläute. Dankgottesdienste. Flaggen heraus! Zapfenstreich — mit anschließenden Rehbratenessen. „Rheinische Abende“ in den Schlemmerlokalen. Und sonst allerlei Rummel. Denn das Rheinland ist „frei“!

Der klassenbewußte Arbeiter hat sich an diesem Tamtam nicht beteiligt. Und wenn er im Betrieb oder am Nachweh mit den Klassengenossen darüber sprach, so betonte er, daß für den Proletariat im Rheinland noch lange nicht die Stunde der Freiheit geschlagen hat. Daß nur an die Stelle der französischen Soldateska die durch ihre freihändlerischen Regungen satism bekannten deutschen Gummiknüppelphorden getreten sind. Die Ausbeuter sind dieselben geblieben; nur die unterdrückten Schergen sind ausgetauscht worden. Jedenfalls hat sich der Arbeiter über die Rheinlanddrückung nicht zu freuen. Was geht das uns an! So sagt sich jeder klassenbewußte Arbeiter. Und mit Recht.

Anders aber denkt „das Vaterland der Arbeiter“, Rußland, das die Linie in der III. Internationale und somit auch in der KPD, bestimmt. Anlaßlich der Rheinlanddrückung sandte die russische Regierung der deutschen Bourgeoisie ein Glückwunschtelegramm und betonte, daß Rußland schon immer dafür gewesen sei, und auch 1923 gegen die Besetzung deutschen Bodens protestiert habe.

Es ist ja allen bekannt, wie die KPD, 1923 der deutschen Arbeiterklasse den Nationalismus einimpfte und dadurch der Hillegarde die Wege ebnete.

Gleichzeitig lesen wir in den Zeitungen, daß bei den Verhandlungen über die Schaffung von „Pan-Europa“ die deutsche Bourgeoisie dafür eintritt, daß auch „Sowjet-Rußland zu Pan-Europa gehören soll.“ Wenn die KPD, noch etwas von „Antisowjet-Front“ der imperialistischen Mächte schreiben sollte, — da wird wohl jeder Arbeiter lachen müssen.

An alle revolutionären Arbeiter der

Allgemeinen Arbeiter-Union (Deutschlands); Freien Arbeiter-Union (Syndikalist); Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation); des Spartakusbundes; des Deutschen Industrieverbandes (Richtung Berlin); des Deutschen Industrieverbandes (Richtung Leipzig); der Gruppen um den „Proletarischen Zeitgeist“ und allen auf dem Räte-system stehenden revolutionären Gruppen!

Achtung! Klassengenossen! Einem Ersuchen der A.A.U.F. Rechnung tragend, bringen wir im folgenden den Aufruf der Ortsgruppe Frankfurt a. M. zum Abdruck. („Die proletarische Revolution“ 5. Jahrgang, Nr. 16.)

Klassengenossen! Klassengenossinnen!

Die schwere kapitalistische Krise nimmt von Tag zu Tag an Umfang und Schärfe zu. Die Bourgeoisie reißt die Maske vom Gesicht, sie schreitet zur offenen Diktatur. Sie muß um ihrer Existenz willen die Arbeiterschaft mit allen Mitteln niederhalten und widersprechen dieselben noch so deutlich jeder Menschenwürde. Die alten Arbeiterorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, erbringen jetzt klarer den je den Beweisen ihrer Unfähigkeit, sie offenbaren ihren konterrevolutionären Charakter. Die Gewerkschaften verhandeln über Lohnabbau, die Parteien sind ausgeschaltet, in ihren Versammlungen dreschen sie hohle Phrasen.

Unsere Zeit ist gekommen, wir müssen als Antiparlamentarier, als Antigewerkschaftler auf den Plan treten, den Kampf gegen die konterrevolutionären Gebilde mit aller Schärfe führen, die Organisation der proletarischen Klasse vornehmen. Die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage erleichtert uns diese Arbeit. Leider aber stehen uns Hindernisse im Wege, ohne deren Beseitigung unser Kampf, unser Reden, unser Schreiben zur Schaffung der Klassenorganisation wirkungslos bleibt.

Wir sind gespalten in viele kleine Gruppen, alle haben ein Ziel, alle wollen wir die Klassenorganisation, aber wir führen viele Namen. Die Arbeiter sagen uns mit vollem Recht: auch ihr seid gespalten, wollt ihr die Einheitsfront der Arbeiter herstellen, dann einigt erst euch selbst. Das kann nicht achtlos an uns vorübergehen, es muß, soll unsere Sache nicht zu Grunde gehen, eine Basis gefunden werden, auf der wir uns einigen können.

Es fehlt in der Geschichte der antiautoritären Arbeiterbewegung nicht an solchen Versuchen, aber immer wieder sind sie gescheitert. Warum? Sie sind gescheitert, weil immer der Organisationsegoismus und nicht die Vernunft Sieger geblieben ist. Jede Organisation nahm die Verhandlungen auf unter der Voraussetzung, die anderen mögen sich ihr anschließen; unvorbereitete Dinge ging man auseinander, man bekämpfte sich erneut und schärfer.

Nicht selten scheitern die Vereinigungsverhandlungen durch persönliche Rivalitätskämpfe. Die gute Sache: Vereinigung der Kräfte wurde hintenangelst und persönliche Reibereien füllten die Abende aus, um die Genossen wieder auseinandergehen zu lassen mit dem Gedanken: es hat alles keinen Zweck, die Trennungs-

punkte sind doch zu groß. Tatsache ist aber, daß die Trennungspunkte nicht so schwerwiegend sind wie die persönlichen Machtbestrebungen einzelner Personen, die um ihre Ansicht, ihre Theorie, ihre Herrschgelüste an den Mann zu bringen, jede Vereinigung sabotierten, da sie nur ihr Geltungsbedürfnis auswerten können, wenn sie eine einzelne Gruppe um sich haben.

Klassengenossen! Mit diesen Vorkommnissen muß Schluß gemacht werden! Über das Ziel: die klassenlose kommunistische Gesellschaftsordnung sind wir uns alle einig. Über den Weg zum Ziele scheinen noch Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, insbesondere ist es die Frage: Lohnkampf oder nicht. An Hand der ausgearbeiteten Thesen dürfte jeder Genosse klar erkennen, daß diese Frage heute durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die bürgerliche Diktatur entschieden ist, denn das Bürgertum wird einen Lohnkampf mit allen Mitteln unterbinden und diese Frage in seinem Sinne entscheiden. Die aufgewandte Energie, die aufgewendet werden müßte, wäre mit dem Erfolg nicht in Einklang zu bringen, denn es wäre tatsächlich der Kampf um die Macht. Ein unter der Losung „mehr Lohn“ in diesen Kampf gelührtes Proletariat würde unter allen Umständen zusammenbrechen. Gewiß müssen wir die Tagesnöte des Proletariats ausnutzen, um Kämpfe auszulösen, z. B. Kampf in den Betrieben gegen die Ausbeutung und Maßnahmen der Unternehmer, gegen Akkordarbeit, gegen die Ausbeutung durch Steuern und soziale Abgaben, in Gemeinschaft mit den Arbeitslosen. Diese Kämpfe werden zu Vorpostengefechten der sozialen Revolution.

Dies alles können wir nicht als kleine Gruppen, sondern nur wenn wir als geschlossenes Ganzes auftreten und die Arbeiter zur Bildung von Aktionsausschüssen in den Betrieben aufrufen.

Die Einigung der linksrevolutionären Kräfte steht auf der Tagesordnung der Geschichte. Sie muß Tatsache werden! Eine Einigung wird aber solange scheitern, solange sie von der Aufgabe einzelner zugunsten anderer Organisationen abhängen soll. Wir müssen uns auf halbem Wege treffen, um gemeinsam zu arbeiten. Der Personen- und Organisationsegoismus muß niedergeboren, ausgeschaltet werden, der Wille zur Tat muß Sieger sein. Alle antiautoritären Organisationen müssen in einer einzigen Organisation zusammengeführt werden, die der Anfang der Klassenorganisation wird. Sie darf nicht den Namen einer bestehenden Organisation tragen, sondern den Namen, der ihr gebührt und unter dem alle Revolutionäre zusammengefaßt werden können, nämlich in der

„Räteorganisation“.

Kein Einheitsbrei soll geschaffen werden, kein loses Zusammenarbeiten einzelner Gruppen soll der Zweck sein, sondern einzig und allein das Fundament der kommenden Klassenorganisation soll gebaut werden. Selbstverständlich ist notwendig, daß man sich zunächst über Zweck, Ziel, Methoden und Aufbau der Organisation klar wird. Aus diesem Grunde haben die unterzeichneten Gruppen in Frankfurt a. M. Thesen und ein Organisationsprinzip ausgearbeitet, nach welchen ihrer Meinung nach die Vereinigung der linksrevolutionären Kräfte erfolgen kann.

Genossen! Erkennt die Notwendigkeit dieses Schrittes und helfe mit, daß die Einigung zustande kommt. Die Krise wird schärfer und schärfer. Im nächsten Winter werden wir fast alle erwerbslos sein, unsere Organisationen finanziell geschwächt sein, daß jede Gefahr läuft, zugrunde zu gehen, zumindest aber das Erscheinen der Presse in Frage gestellt wird. Gelingt uns die Einigung, dann bleiben wir existenzfähig, auch dann, wenn wir alle auf der Straße liegen, dann können wir mit Macht den Kampf gegen die Konterrevolution führen und der Erfolg wird nicht ausbleiben! Die unterzeichneten Gruppen in Frankfurt a. M. haben beschlossen, schon jetzt auf der gegebenen Grundlage propagandistisch zu wirken, sie werden alles daran setzen und innerhalb ihrer Organisationen für die Einigung der linken Kräfte über das ganze Reich wirken und darüber hinaus nichts unterlassen, um den Zusammenschluß gleichgerichteter Kräfte des Auslandes mit der Räteorganisation in Deutschland zu fördern.

Darum bitten wir jede Gruppe, das Material von den untenstehenden Adressen anzufordern und sofort zu prüfen und die Konsequenz zu ziehen, denn die Zeit und die Verhältnisse erfordern es!

Mit rev. Kampfgrößen die Genossen der Allgemeinen Arbeiter-Union, Frankfurt a. M.; Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation), Frankfurt a. M.; Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation), Mörkelen.

Anschreiben und Auskünfte: Julius Oumard, Frankfurt a. M., Seckbüchergasse 9.

Zum fünften Male

rufen die parlamentarischen Nutznießer und Arbeiterverräter das Proletariat zur Reichstagswahl auf. Wieder beginnen die üblichen Wahlmanöver. Alter Schwindel wird in Massen neu angestrichen an den Anschlagstäben und in den politischen Tageszeitungen prangen. Wieviele Proletariat werden wieder auf den Leim reinfallen und am 14. September mit ihrem Stimmzettel diesen oder jenen „braven Vertreter“ des Ausbeutungssystems an's Ruder helfen? Ziernlich!

12 Jahre sind seit dem kläglichen Zusammenbruch des militärischen Imperialismus verlossen! 12 Jahre lang leben wir in der „freiesten“ demokratischen Republik!

12 Jahre lang sind die Arbeiter durch „ihre“ Parteien SPD. und KPD. in den deutschen Parlamenten und Regierungen vertreten.

Was haben diese „Arbeitervertreter“ euch Proleten vor jeder Wahl versprochen — und was haben sie in dieser Zeitspanne bewirkt und erreicht? Verraten und betrogen seid ihr worden!

Jeder Proletariat muß wissen, daß der Staat mit seiner Regierung und seinem Parlament in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein Machtinstrument der herrschenden Klasse darstellt; und daß die Zeit, innerhalb eines solchen Parlaments irgendwelche Reformen zu erzwingen, längst vorüber ist. Als die kapitalistische Gesellschaft noch im Aufblühen war und die Technik noch nicht die modernen Produktionsinstrumente (Maschinen) besaß, d. h. wo die Nachfrage nach guten Handwerkern und Facharbeitern noch groß war, war es wohl möglich, auf Grund der damaligen Konjunktur durch parlamentarische oder partielle Druckmittel wie Streiks usw. kleine Verbesserungen in sozialer Hinsicht oder Lohnaufbesserungen zu erringen! Ja, der Staat hatte sogar selbst noch ein wenig Interesse daran, seine Arbeitssklaven — um Mehrleistungen in der Ausbeutung zu erzielen — gesund zu erhalten! Er konnte sich dieses auf Grund seiner enormen Zoll- und Steuereinnahmen und des kolossalen Profits durch rechtschuldlose Ausbeutung der Proleten in allen Staats- und Gemeindebetrieben leisten.

Aber das Rad der historischen Entwicklung steht nicht still; wir sind längst über den Blühpunkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinaus, und stehen heute in der Phase der Todeskrise. Die modernen Maschinen produzieren Waren in riesigen Mengen, und

brauchen dazu nur wenig Bediener. Die früher viel gesuchten Handwerker und Arbeiter liegen heute brotlos in Massen auf der Straße. Sie werden von den Ausbeutern als Druckmittel gegen die noch Arbeitenden verwendet, um letzteren bei starker Ausbeutung noch den Hungerlohn zu drücken. Alle Absatzgebiete für die erzeugten Warenmassen sind erschöpft. Diese Krisenerscheinung wirft ihren Schatten natürlich auch auf den Staatsapparat. Trotz vieler neuergegründeten Steuern und Sonderabgaben — man streitet sich hier wieder um neue — ist keine Deckung mehr für die Staatsausgaben vorhanden. Das Heer der Arbeitslosen-Unterstützungsempfänger wächst täglich. Die Summe der durch die Arbeitslosenversicherungsträger einkommenden Beträge reicht längst nicht mehr zum Ausgleich für die Auszahlungen. Ein typisches Bild vom Zerfall der Gesellschaft! Der Staat ist gezwungen, Zuschüsse zu gewähren, um die öffentliche Ordnung nicht zu sehr zu gefährden. Ist der Arbeitslose durch seine längst unzureichende Unterstützung erst aus dem Hunger gewöhnt, wird ihm dieselbe ganz entzogen und kann er dann langsam verhungern. An ein Einziehen in den Produktionsprozeß, wie es die sogenannten Arbeiterparteien heute noch versprechen, ist natürlich nicht mehr zu denken. Selbst wenn der gute Wille da wäre, könnte der Kapitalist hier um seines Profites willen, wovon er doch überhaupt nur existiert, sie nicht durchführen.

Nun zur Organisation der Arbeiterklasse, den sogenannten parlamentarischen Arbeiterparteien und Instrumente, die, wie wir oft nachgewiesen, durch die Entwicklung des kapitalistischen Systems längst überholt sind. Wenn sie heute noch versprechen, in Parlamenten und durch Betriebsräte Reformen für das Proletariat erkämpfen zu können, so ist dies weiter nichts als Betrug und Verrat. Die Parteibonzen, die heute noch in der Maske der „alten Arbeiterführer“ herumschwirren, haben sich schon im August 1914 und November 1918 genügend vor der Arbeiterschaft als Renegaten und korrupte Verräter entlarvt, so daß heute keiner mehr auf ihren Schwindel hören dürfte.

Wer heute für ein besseres Wohl und Leben der proletarischen Klasse mitkämpfen will, dessen Kampf muß lauten: **Nieder mit der kapitalistischen Produktionsherrschaft samt Staatsmaschine und Parlamente!** **Heraus aus den veralteten Parteiläden und den konterrevolutionären Gewerkschaften!** **Nieder mit dem ganzen Wahlschwindel, keine Stimme den Klassenverrättern!** **Hinein in die revolutionären Betriebs- und Nachweisorganisationen der eisernen Kampffront der proletarischen Massen!**

Bürgerliche Humanität

Die ganze bürgerliche Presse erhebt ein lautes Geschrei. Eine Angehörige ihrer Klasse, die Schriftstellerin Isolde Reiter, soll in einem Gefängnis in Jugoslawien gefoltert worden sein. Wohl aus Versehen, weil man sie für eine Proletarin hielt, denn gewöhnlich werden nur Proleten in den Ordnungsstätten der kapitalistischen Ausbeuterverbänden (Staaten genannt) Folterungen unterworfen. Und in Europa tun sich darin besonders die Balkanländer hervor. Jeder nur etwas freihetlich gesinnte Arbeiter, der in die Hände der Polizei gerät, wird entweder zu Tode gemartert oder verläßt als Krüppel den bürgerlichen Erziehungsort. Man wird aber in den bürgerlichen Zeitungen niemals eine Zeile davon finden, geschweige denn jemals ein Wort des Protestes dagegen.

Proletariat! Lernt vom Bürger Klassenbewußtsein! Kümmert euch nicht um das Schicksal von Bürgern! Übt aber Solidarität mit jedem revolutionären Klassen-genossen, ganz gleich welcher Organisation und Nation!

Parlamentarismus ist maskierter weißer Schrecken! Proletariat!

Die zur Wahl aufrufende KPD. behauptet von sich, das Erbe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu vertreten. Wir wollen dieser Parlaments-KPD. von 1930 die KPD. von 1919 entgegenhalten. Die KPD. hat 1919 folgende Leitsätze herausgegeben:

Die kommunistische Partei ist die Partei des konsequenten Klassenkampfes. Sie dient der Propaganda für die soziale Weltrevolution, deren Endziel die Abschaffung des Privateigentums in jeder Form ist. Leitsatz für die Stellungnahme der KP. in allen politischen Fragen ist einzig und allein das Interesse des Proletariats als Klasse, nicht einzelner Teilgruppen oder Einzelpersonen des Proletariats.

Oberstes Gesetz für jegliche politische Tätigkeit der KP. ist das Gemeininteresse des Proletariats der Welt. Der Kampf der KP. ist grundsätzlich ein antinationaler und ein internationaler, er richtet sich stets gegen die jeweils vorhandene höchstgesteigerte politische Organisationsform des Kapitals.

Für die Zeitdauer der Existenz des einzelnen nationalen Staates als höchstgesteigerte politische Organisationsform des Kapitals wendet sich der Kampf der kommunistischen Parteien der einzelnen Staaten — der Form, nicht dem Inhalt nach — gegen den betreffenden eigenen nationalen Staat. Der Kampf der KPD. hat deshalb zum nächsten politischen Ziel die Vernichtung der politischen Organisationsform des deutschen Kapitals, d. h. des deutschen Staates und richtet sich infolgedessen gegen sämtliche von ihm eingesetzten seine oberste Instanz, die Nationalversammlung bzw. Reichstag. Eine Betätigung von Mitgliedern der KPD. in diesen Institutionen bedeutet eine direkte Unterstützung des Kapitals, eine Beteiligung an den Wahlen zu diesen Institutionen ist gleichbedeutend mit einer Anerkennung dieser Institution selbst, beides lehnt die KP. ab.

An Stelle des kapitalistischen Staates als Machthebel zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital ist zu setzen der proletarische Staat in der Form des unverfälschten Räteystems und damit hebel zur Abschaffung des Privateigentums und zur Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital. Das unverfälschte Räte-system ist diejenige Staatsform, die die Bourgeoisie von sämtlichen Machtmitteln und Machtfunktionen ausschließt und diese allein dem Proletariat als Klasse zuweist.

So, Genossen, haltet die KPD. von heute und die KPD. von 1919 gegeneinander und urteilt, ob der Spartakusbund recht hat, wenn er euch sagt:

Parlamentarismus heißt: Noske, Zörgiebel, heißt: Scheidemann, Levi, Brandler, Ruth Fischer, heißt: züchten von politischen Schiebern und Arbeiterverrättern. (Zitiert aus „Die Aktion“.)

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A. Druck: A. P. Schnädelbach & Co., Dresden-A.

Hier abtrennen!

An das

Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreis von 90 Pfg. vierteljähr. ab

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29

Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name

Ort u. Zustellungspostamt

Straße u. Hausnummer

Nr. 19 ★ 5. Jahrgang

10. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES

(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

1. Oktober 1930

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Einzelnummer 15 Pf.

erscheint monatlich zweimal

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Der Bankerott des Parlamentarismus Die Ergebnisse der letzten Wahl

Groß war das Erstaunen der Bourgeoisie und ihres Anhangs, von der SPD. bis Hitler, als sie das Ergebnis der letzten Reichstagswahl sahen. Selbst im internationalen Lager der Bourgeoisie war man erstaunt über den Ausgang dieser Wahl, ohne sich die Ursachen dafür erklären zu können. Die Bourgeoisie und ihre Stützen aus allen Lagern sind unfähig, die wahren Zusammenhänge zu erklären, für sie gibt es keine tieferen Gründe zu finden, die die Umwandlung der deutschen Wählerschaft in diesem Maße erklären könnten. Vom „Vorwärts“ bis zur „D.A.Z.“ glaubt man den Dingen am nächsten zu sein, wenn man die Radikalisierung der Wählerschaft auf eine zügellose Agitation der Parteien zurückführt, die in diesem Wahlgang angeblich als „Sieger“ hervorgegangen sind.

Das Proletariat kann sich selbstverständlich von der Nervosität und der Katzenjammerstimmung der Bourgeoisie nicht beeinflussen lassen, sondern muß da Erklärungen finden, wo die Bourgeoisie mutmaßt, und es muß zielbewußt seine Kraft dort einsetzen, wo die Bourgeoisie ihre Schwächen zeigt. Und das wichtigste Ergebnis dieser Wahl ist der völlige Bankerott des parlamentarischen Systems. Objektiv war dieser Bankerott längst für uns erkennbar, nicht erst seit heute und gestern hat das revolutionäre Proletariat im Spartakusbund erkannt, daß vermittels des parlamentarischen Systems keine Regierung der herrschenden Klasse sich halten kann, sondern nur auf außerparlamentarische Mittel gestützt die proletarische Klasse niederhalten konnte. Der subjektive Faktor des parlamentarischen Bankerotts zeigt sich in der Tatsache, daß die Wählerschaft in erster Linie den Parteien nachließ, die mit den Lösungen des außerparlamentarischen Kampfes die Massen zu ködern verstanden hatten. Selbstverständlich gibt es bei uns keinerlei Illusion darüber, daß die „Sieger“ dieser Wahlschlacht ebenso große Betrüger sind, wie alle anderen Parteien. Ja, daß der politische Abenteuer Hitler der skrupelloseste Bursche ist, den das bürgerlich-politische Leben jemals geboren hat. Aber der Wahlausgang zeigt zunächst einmal, daß der Glaube an den Parlamentarismus einen Stoß erhalten hat, daß die Masse des verelendeten Proletariats und des wirtschaftlich vernichteten Mittelstandes fühlt, daß sie vom Parlament nichts mehr zu erhoffen hat.

Mit unerhörter und fühlbarer Gewalt saust die Feitsche der Verelendung auf die Massen des Proletariats herab. Die herrschende Kapitalistenklasse, am Ende ihrer Fähigkeiten angelangt, wälzt alle Lasten des Zusammenbruchs der heutigen Wirtschaftsordnung auf die Schultern des Proletariats ab. Seit Jahren besteht in Deutschland ein Heer von Millionen arbeitsloser Proletariat, das im letzten Jahr bis zu einem Dreimillionenheer angewachsen ist. Das bedeutet, daß in Deutschland zehn Millionen Menschen, zehn Millionen Proletariat, dem nackten Hungertode verfallen sind, für die es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keinerlei Arbeitsmöglichkeiten und somit auch keinerlei Lebensmöglichkeiten mehr gibt. Da die Bourgeoisie keinen Pfennig ihres Profites freiwillig an Proletariat abgibt, lebt das Millionenheer der Erwerbslosen unter der ständigen Verschlechterung der an sich schon karglichen Unterstützung und große Teile dieser Masse erhalten überhaupt keine Unterstützung mehr. Eine Aussicht auf Besserung dieser Lage besteht selbst für die Wirtschaftler der Bourgeoisie nicht, im Gegenteil, sie rechnen mit einer noch größeren Verschärfung der heutigen Wirtschaftskrise und errechnen ganz richtig, daß das Heer der Erwerbslosen im kommenden Winter auf 5–6 Millionen anwachsen wird.

Mit dem ständigen Verschärfen der proletarischen Verelendung geht parallel die völlige Verarmung und

Vernichtung des Mittelstandes, der in den Entwicklungsjahren des Kapitalismus eine Zwischenstellung eingenommen hatte zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Da der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft immer ein weitaus besseres Leben führen konnte als die Proletariat, fühlt er sich auch zur Bourgeoisie gehörig und vertrat immer ihre Interessen gegenüber dem Proletariat. Daß diese Mittelschicht wirtschaftlich nicht mehr in der hochkapitalistischen und schon gar nicht mehr in der niedergehenden Epoche der heutigen Gesellschaftsform existieren kann, daß diese Schicht hinabgestoßen wird ins Proletariat durch die Entwicklung des Kapitalismus, das begreift diese entwürzelte Masse nicht und kann sie auch nicht begreifen, weil ihre Erkenntnis durch unüberwindliche Illusionen gehemmt wird. Für diese Schichten gibt es keine anderen Ursachen ihrer Vernichtung als das Begehren des Proletariats nach Freiheit und Brot, sie machen die Novemberrevolution verantwortlich für unabwendbare Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung. Marx hat recht, und gerade unsere heutige Zeit zeigt, daß er tausendmal recht hatte, als er das Kleinbürgertum und die übrigen Mittelschichten als absolut konterrevolutionäres Element bezeichnete. Es sind katastrophale Illusionen, daran zu glauben, diese Schicht käme als Bundesgenosse für das Proletariat in seinem Befreiungskampf in Betracht. Wirtschaftlich entwürzelt und ideologisch hallös lauten sie jedem Scharlatan nach und stärken somit die Front der Bourgeoisie, weil eine Stärkung der proletarischen Kampffront immer nur dann gegeben ist, wenn eine bewußte Solidarisierung mit den Zielen der proletarischen Klasse stattgefunden hat. Das wird diese Schicht nie tun. Sie will das Rad der Geschichte zurückdrehen, wo es nur ein Vorwärtsschreiten der proletarischen Klasse geben kann.

Auf der Basis dieser Schichten hat Hitler seinen Erfolg errungen und dadurch die Front des reaktionären Bürgertums gestärkt. Unter skrupelloser Ausnutzung der Not der Verelendeten, unter der Vorseignung der kommenden Befreiung aller Geknechteten im „Dritten Reich“ hat er die Elemente der Bourgeoisie zu ihrer Unterstützung zugeführt, die eigentlich nur das Interesse der Beseitigung dieser Gesellschaft haben dürften.

Selbst proletarische Schichten, wenn auch nur in sehr beschränktem Ausmaß, haben sich für die reaktionären Ziele Hitlers mißbrauchen lassen, jedoch hat im Grunde nur eine Kräfteverschiebung im Lager der Bourgeoisie stattgefunden. Hitlers gesamte Wählerschaft rekrutiert sich aus früheren bürgerlichen Wählern, die glauben, der „starke Mann“ könnte sie aus ihrer Not befreien.

Das Ergebnis dieser Wahl hat gezeigt, daß das parlamentarische System kurz vor seinem Ende steht, weil die Todeskrise der kapitalistischen Gesellschaft die Klassengegensätze bis auf die höchste Spitze in kürzester Frist treiben wird. Im Lager der Bourgeoisie selbst sind die Meinungen insofern einig, daß es gegen die proletarische Klasse geht, und daß die Umstände die Anwendung aller Mittel erlauben. Nur über die Methoden der Anwendung ist man sich im Lager der herrschenden Klasse nicht einig; während der reaktionärste Teil mit Hitler regieren will, glauben es die übrigen mit Severing erfolgreicher gestalten zu können.

Der Zörgiebel-Vorwärts bietet der Bourgeoisie schon seine Kräfte an. Ganz unverhüllt wird gesagt, daß man das Erwerben der Proletariat, das man, um zu verüffeln, mit einem kommunistischen Putsch bezeichnet, mit Hilfe der SPD. wie alle Versuche im Blute ersticken wird.

Als ein weiteres Ergebnis dieser Wahl darf die klare Formierung der beiden Fronten bezeichnet werden.

Während sich auf der einen Seite alles gegen die Revolution einstellt, von der SPD. bis Hitler eine Phalanx gegen das Heer der Erwerbslosen, gegen das revolutionäre Proletariat, deren Freiheitsbestrebungen von dieser Koalition im Blute erstickt werden sollen. Auf der anderen Seite steht einzig das revolutionäre Proletariat gegen die Front der Bourgeoisie und ihrer Agenten von Severing bis Hitler.

Werden die Proletariat der KPD. begreifen, daß der angebliche Wahlsieg ihrer Partei kein Sieg ist, der als revolutionärer Erfolg verachtet werden kann. Werden sie erkennen, daß angesichts der gegenwärtigen Front mehr denn je Klarheit im Lager des Proletariats notwendig ist. Heute nützt es gar nichts mehr, wenn die KPD. einen Stimmenzuwachs erhält, denn selbst die letzte Phrase, die zur Rechtfertigung des angeblich revolutionären Parlamentarismus herhalten mußte — die Phrase von den Teilerfolgen im Parlament — wird angesichts der Verschärfung der Klassengegensätze völlig entlarvt. In der Zeit, wo die Verhältnisse zur Auseinandersetzung drängen, ist es doppelt verbrecherisch, dem Proletariat falsche Parolen zu geben. Die ganze Gefährlichkeit einer reformistischen und utopischen Politik, wie sie die KPD. betreibt, hat sich besonders bei den letzten Wahlen erwiesen. Im Konkurrenzkampf mit den Faschisten hat die Politik der KPD. die tollsten Ergebnisse gezeigt. Im Wettkampf um die größte Zahl der Mandate mit Hitler hat die Partei sich in die tiefsten Niederungen des Nationalismus begeben. Diese verbrecherische Politik ist nicht zuletzt die Ursache dafür, daß Hitler ein so leichtes Spiel gehabt hat, gewisse Teile von Arbeitern für seine konterrevolutionären Ziele einzuspannen. Die KPD. darf das traurige Versehen für sich in Anspruch nehmen, Hitler zur Popularität bei einem Teil des Proletariats verholfen zu haben, durch die Diskussionen darüber, ob Hitler Arbeiterinteressen vertritt.

Der Ausgang der Wahl ist für das Proletariat ein warnendes Menetekel. Es gilt aus den Tatsachen die Lehre zu ziehen, daß die Zeit zur Klarheit und Entschlossenheit drängt. Das Proletariat wird die Folgen nicht tragen können, die sich daraus ergeben, wenn es weiterhin in dem Sumpf des Reformismus und der Illusionen verharrt.

Die Todeskrise der kapitalistischen Welt drängt zur Entscheidung. Nie wird die Geschichte es dem Proletariat verzeihen, den Erfordernissen der Zeit nicht gewachsen zu sein. Der Spartakusbund ruft die Proletariat zur Sammlung. Auf den Nachweisen und in den Betrieben werden die Proleten dem Rufe der revolutionären Avantgarde — dem Spartakusbund — folgen.

Völker, höret die Signale!

Man kann für den Sturz einer herrschenden Ordnung kämpfen, indem man das bestehende System kritisiert und ein besseres, schön ausgedachtes Wirtschaftssystem propagiert, indem man die ganzen Unzulänglichkeiten, Widersinnigkeiten und Ungerechtigkeiten von heute aufweist und ausmalt, wie es alles anders sein könnte. Mit derartigen Argumenten führen einst die religiösen und utopischen Sozialisten den Kampf gegen den Kapitalismus; A-archisten und Syndikalisten machen auch heute noch dasselbe.

Anders der wissenschaftliche Sozialismus, der die materialistische Geschichtsauffassung anwendet. Er begründet die Notwendigkeit der proletarischen Revolution damit, daß die Arbeiterklasse zu der proletarischen Revolution gezwungen wird und Besitz von den Produktionsmitteln ergreifen muß, weil infolge der Konkurrenz der Kapitalisten und Kapitalistengruppen untereinander die Entwicklung der Produktivkräfte eine derartige Höhe erreicht, daß der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung immer unhaltbarer wird. Weil der Kapitalismus, das Privateigentum, die Lohnarbeit, die Produktion des Profites willen nur noch weiter bestehen können, wenn die Arbeiterklasse in ein immer tieferes Elend herabsinkt. Darum wird und muß die Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution schreiten, muß